



Zur Sache

8-2024

Thema

Die israelischen Kriegsverbrechen, die Genozid Konvention und die südafrikanische Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit diesem Sonder-Rundbrief "Zur Sache 8-2024" bieten wir einen zwar längeren Artikel, aber einen anlässlich der aktuellen Entwicklung in Palästina, vor allem aber dem israelischen Vernichtungskrieg in Gaza einen notwendigen inhaltlich differenzierten Beitrag, der die verschiedenen Facetten des Themas verdeutlicht und Anregungen zur weiteren Vertiefung bietet, indem in den Fußnoten alle Quellenbelege angefügt sind. Der Beitrag kann zur Diskussion gern weiterverbreitet werden."

Am Freitagmittag, den 26. Januar 2023 hat der Internationale Gerichtshof (IGH) in den Haag ein bahnbrechendes erstes Urteil in dem Prozess ‚Republik Südafrika gegen Israel‘ verfügt. Südafrika hatte am 29. Dezember des ausgehenden Jahres 2023 Klage auf der Basis der Internationalen Völkermord-Konvention eingereicht und Israel einen Genozid in Gaza vorgeworfen. Da der Nachweis eines Genozides mehrere Jahre dauern kann, hat Südafrika in einem Eilantrag Sofortmaßnahmen zum Schutz der Zivilgesellschaft gefordert, denen das Gericht in wichtigen Teilen gefolgt ist.

Israel hatte die Anklage als antisemitisches Manöver zurückgewiesen. Südafrika würde sich zur juristischen Waffe der Hamas machen. Dem ist das IGH nicht gefolgt. Der südafrikanische Antrag sei relevant und plausibel. Damit wird der Anfangsverdacht des Genozids bestätigt. Der Eröffnung des Hauptverfahrens steht damit nichts mehr im Wege.

Die Bundesregierung, die den Vorwurf Südafrikas vor dem Urteil vom 28.1. noch als absurd bezeichnet hat (Vizekanzler Habeck), hat angekündigt, dass Deutschland der Netanjahu-Regierung im Hauptverfahren in Form einer sog. Nebenintervention Israel vor dem IGH der Netanjahu-Regierung beistehen wird. Die Debatte um den Genozid-Vorwurf wird uns noch lange beschäftigen.

Deswegen wollen wir in dem Beitrag „Zur Sache“ darauf erklären, was die Genozid-Konvention eigentlich ist, was die sehr ausführliche und gut dokumentierte südafrikanische Anklageschrift basierend auf den einzelnen Artikeln der Konvention Israel im Einzelnen vorhält und was die Entscheidung des Gerichts bedeutet.¹

¹ Wir benutzen im Folgenden bewusst den Begriff Genozid (engl. Genocide) und nicht, das deutsche Wort Völkermord, weil er den Sachverhalt der Konvention genauer beschreibt.

Die israelischen Kriegsverbrechen, die Genozid Konvention und die südafrikanische Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH)

Ivesa Lübben

Kein anderer Krieg im 21. Jahrhundert hat in so kurzer Zeit so viele zivile Todesopfer gefordert wie die israelische Operation *Iron Swords*, wie der Krieg in Gaza, der am 7. Oktober 2023 als Reaktion auf den Überfall der Hamas auf israelisches Territorium begann, im israelischen Militärjargon genannt wird. Über 25.000 Tote lautet die traurige Bilanz.² 63.000 Menschen wurden mit bleibenden Schäden schwer verwundet, tausende wurden unter Trümmern lebendig begraben. Gaza wurde zu einem „Friedhof für Kinder“, konstatierte UN-Generalsekretär Guterres schon am 7. November des vergangenen Jahres.³

Während in Deutschland Parolen wie „Stopp the Genocide“ auf pro-palästinensischen Demonstrationen verboten wurden und antideutsche Kreise Genozidvorwürfen eine „projektive Umkehrung“ vorwarfen, der zum „Grundbestand des deutschen Antisemitismus“⁴ gehöre und eine geschichtsrevisionistische Analogie zum Holocaust darstellen würde⁵, und selbst Völkerrechtler an deutschen Universitäten sich in ihrer Argumentation im Rahmen des deutschen Mainstreamdiskurs bewegten und Israel ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung bescheinigten⁶, warnten palästinensische und jüdische Menschenrechts- und Friedensorganisationen⁷, Genozidforscher und UN-Berichterstatter schon in den ersten Wochen nach Beginn des israelischen Angriffs auf Gaza vor der Gefahr eines immanenten Genozids.

Erste Warnungen: Internationale Experten schlagen Alarm

Am 15. Oktober 2023 schlugen mehr als 890 international renommierte Genozid-, Holocaust- und Konfliktforscher sowie Rechtsexperten Alarm. Warnzeichen für einen sich anbahnenden Genozid in Gaza sahen sie in den Massengebombardements ziviler Einrichtungen und in dem an über eine Million Palästinenser ergangenen Befehl der *Israeli Defence Forces* (IDF), den Norden Gazas zu verlassen. Dieser sei in dem Wissen ergangen, dass dies für viele Menschen nicht möglich sei. Selbst auf ihren Fluchtrouten und in den durch die IDF zuvor ausgewiesenen „Sicherheitszonen“ seien die Menschen vor Bombardements nicht sicher. Die erzwungene Verlegung von Krankenhauspatient*innen in den Süden Gazas, wo es kaum Kapazitäten für eine angemessene medizinische Versorgung gäbe, komme einem Todesurteil gleich, zitieren die Wissenschaftler die *World Health Organisation* (WHO). Die Experten wiesen auf genozidale Äußerungen führender israelischer Politiker und Militärs hin – ein

² Bis zur Abfassung dieses Beitrages (28.1.2024)

³ Michel Nichols: UN chief says Gaza becoming a 'graveyard for children'. Reuters 6.11.2023. Unter: <https://www.reuters.com/world/middle-east/un-chief-says-gaza-becoming-graveyard-children-2023-11-06/>

⁴ Niklas Lämmel: Projektive Umkehrung. Jungle World 7.12.2023. Unter: <https://jungle.world/artikel/2023/49/vorwurf-des-genozids-gegen-israel-projektive-umkehrung>

⁵ Bundesverband RIAS e.V.: Antisemitic reactions to October 7. Berlin 27.11.2023.

⁶ So Lisa Wiese, Völkerrechtlerin in Leipzig, zitiert in Kilian Beck: „From the River to the Sea“ - Geschichte und Kontext der antisemitischen Palästina-Parole. Frankfurter Rundschau 10.11.2023. Unter: <https://www.fr.de/politik/from-the-river-to-the-sea-geschichte-kontext-antisemitismus-demo-palaestina-israel-gaza-parole-zr-92666530.html>. Andere Völkerrechtler wie die

Sonderberichterstatterin der UN für die Besetzten Palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, bestreiten das. Das Selbstverteidigungsrecht der UN-Konvention sei ein zwischenstaatliches Recht, das nicht auf Besetzte Territorien anwendbar sei.

⁷ Siehe die gemeinsame Erklärung palästinensischen Organisationen sieh *Al-Haq, Al Mezan Center for Human Rights, der Civic Coalition for Palestinian Rights in Jerusalem* (CCPRJ), des *Community Action Center*, *Adameer* u.a. unter: <https://www.alhaq.org/advocacy/22282.html>. Siehe auch den Aufruf des *Israeli Comitee against House Demolishens* vom 3.

11.2023: <https://icahd.org/2023/11/20/media-release-icahd-calls-for-an-end-to-israeli-genocide-against-the-palestinian-people/> oder die Kampagne der amerikanischen Jewish Voice for Peace: URGENT: Stop genocide against Palestinians in Gaza, unter: <https://www.jewishvoiceforpeace.org/resource/urgent-tell-congress-to-stop-fueling-violence/>

Hinweis dafür, dass es nicht allein um eine Strafexpedition gegen die Hamas, sondern um die Zerstörung Gazas gehe.⁸

Am 16. November 2023 wendeten sich 15 Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen mit einem dringenden Appell an die Weltöffentlichkeit, weil sie einen "sich anbahnenden Genozid" in Gaza befürchteten. Das Ausmaß der Zerstörung von Wohneinheiten, Krankenhäusern, Schulen, Moscheen, Bäckereien, Wasserleitungen, Abwasserkanäle und Elektrizitätsnetze ... mache die Fortsetzung palästinensischen Leben in Gaza unmöglich. Bei seiner Bombenoffensive hätte Israel wahllos schwere Waffen eingesetzt. Folge seien eine kolossale Zahl von Toten und die Zerstörung der lebenserhaltenden Infrastruktur.⁹

Zwei der weltweit führenden Genozidforscher sind Raz Segal und Omer Bartov – beide in Israel geboren, beide forschen heute an amerikanischen Universitäten. Die Kampagne Israels in Gaza erinnere an die Nakba von 1948, die Vertreibung von 750.000 Palästinensern, die der Gründung des Staates Israel vorausging. Aber der Angriff auf Gaza könne auch anders interpretiert werden: als Paradebeispiel eines Völkermords („a textbook case of genocide“), schreibt Segal am 13. Oktober 2023 in einem viral gegangenen Aufsatz mit gleichnamigem Titel auf der Nachrichtenplattform *Jewish Currents*.¹⁰ Genozid sei die „Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.“ In seiner mörderischen Attacke hätte Israel diese Intention offen artikuliert, so Segal und zitiert führende israelische Politiker wie den israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant, der am 9. Oktober 2023 erklärte: „Wir verhängen eine totale Blockade über Gaza. Kein Strom, keine Lebensmittel, kein Wasser, kein Treibstoff. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir werden dementsprechend handeln.“ Diese genozidale Sprache fände ihr Echo auch in der israelischen Öffentlichkeit. So hätte der israelische Fernsehsender Channel 14 dazu aufgefordert „Gaza in ein neues Dresden“ zu verwandeln. Channel 12 zitiere vorgeblich linke Israelis, die dazu aufriefen „auf den Trümmern von Gaza zu tanzen“. Und in sozialen Medien kursierten genozidale Aufrufe, man solle Gaza „platt machen“ oder „auslöschen“.¹¹ Segal bereitet es große Sorge, dass auch westliche Politiker die Taten der Hamas – zweifelsohne Kriegsverbrechen, die als solche auch zu ahnden sind – als „das Böses schlechthin“ (Ursula von Leyen) oder als „uraltet Böses“ (Joe Biden) charakterisierten. „Diese entmenschlichende Sprache ist klar darauf ausgelegt, die weitreichende Zerstörung palästinensischen Lebens zu rechtfertigen; der Begriff des ‚Bösen‘ verwischt in ihrer Absolutheit die Unterscheidung zwischen militanten Hamas-Kämpfern und der Zivilbevölkerung des Gazastreifens und verschleiert den breiteren Kontext von Kolonisierung und Besatzung,“ so Segal.¹²

Andere Genozid-Forscher – darunter Omer Bartov – warnen allerdings vor einer Aushöhlung des Begriffs durch einen inflationären Gebrauch – zumal auch Israel und westliche Politiker der Hamas genozidale Absichten vorwerfen, wenn von einem „neuen Holocaust“ (US-Präsident Joe Biden) und „der Hamas als den neuen Nazis“ (Netanjahu zu Olaf Scholz) die Rede ist oder sich israelische Diplomaten, wie UN-Botschafter Gilad Erdan, demonstrativ einen gelben Stern am Jackett befestigen, um so die Zerstörung Gazas als „Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei“ (Netanjahu zum niederländischen Ministerpräsidenten Rutte)

⁸ Public Statement: Scholars Warn of Potential Genocide in Gaza. 15.10.2023. siehe: <https://opiniojuris.org/2023/10/18/public-statement-scholars-warn-of-potential-genocide-in-gaza/>

⁹ United Nations Human Rights Office of the High Commissioner: Gaza: UN experts call on international community to prevent genocide against the Palestinian people. 16.11.2023. Unter: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/gaza-un-experts-call-international-community-prevent-genocide-against>

¹⁰ Raz Segal: *A Textbook Case of Genocide. Israel has been explicit about what it's carrying out. Why isn't the world listening?* Jewish Currents 13. 10. 2023. Unter: <https://jewishcurrents.org/a-textbook-case-of-genocide>

¹¹ Zitiert nach ebenda

¹² ebenda

zu rechtfertigen. „Als Akademiker obliegt es uns, unsere Worte und Expertise mit Augenmaß und Sensibilität einzusetzen. Wir sollten aufstachelnde Äußerungen, die weiteren Konflikten Vorschub leisten, minimieren und stattdessen durch unsere Sprache und unser Handeln weiteren Verlust von Menschenleben verhindern“ heißt es in einem offenen Brief von Wissenschaftlern vom 20. November 2023, den Bartov mit verfasst hat.¹³ Bartov bestreitet keineswegs, dass in Gaza Kriegsverbrechen nach der Genfer Konvention verübt wurden. Aber er plädiert für eine deutliche begriffliche Trennung zwischen ‚Genozid‘ und anderen Kriegsverbrechen, die in ihrer Brutalität einem Genozid nicht nachstehen müssen. Für den Tatbestand des Genozids müssten zwei Bedingungen erfüllt sein müssen: Erstens der Vorsatz und zweitens eine geplante Strategie, diesen Vorsatz umzusetzen. Bartov sieht im Falle des Gazastreifens zum Zeitpunkt der Publikation des Aufrufes keine eindeutigen Beweise dafür, dass diese Bedingungen erfüllt sind.¹⁴

Aber auch Bartov sieht in der genozidalen Sprache israelischer Politiker eine Gefahr und kommt in einem Artikel, der am 10. November 2023 in der New York Times publiziert wurde, zu dem Schluss: „Auch wenn nicht eindeutig geklärt ist, dass das Militär explizit palästinensische Zivilisten ins Visier nimmt, können wir praktisch und rhetorisch eine ethnische Säuberungsaktion beobachten, die sich schnell zu einem Genozid ausweiten könnte.“¹⁵ Zwei Monate später räumt auch er ein, dass die Operationen in Gaza immer mehr den Charakter eines Genozids annehmen würden und begrüßt ausdrücklich die südafrikanische Initiative vor dem IGH, als „wichtigen und außergewöhnlichen Schritt“ – nicht nur zu Klärungszwecken, sondern weil der IGH die einzige Instanz ist, die befugt sei, die Einstellung der Kampfhandlungen als Präventionsmaßnahme anzuordnen.¹⁶

Was ist ein Genozid? Das Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Never again! Mit diesen zwei Worten lässt sich die Verpflichtung der noch jungen Vereinten Nationen (UN) zusammenfassen, alles dafür zu tun, dass sich der Holocaust der Nazis nie mehr wiederholt. Mit dem Versprechen des *Never again!* wurde am 9. Dezember 1948 das *Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes* – oder auch kurz Genozid-Konvention¹⁷ – einstimmig durch die UN-Vollversammlung verabschiedet. Der Begriff *Genozid* wurde durch den polnisch-jüdischen Rechtsanwalt Raphael Lemkin geprägt, auf den auch der Entwurf für den Text der Konvention zurückgeht. Er setzt sich aus dem griechischen Wort *genos* (eine soziale Gruppe, die sich i.d.R. auf eine gemeinsame Herkunft beruft) und dem lateinisch *caedo* (Tötung) zusammen. Lemkin war 1941 über viele Umwege die Flucht in die USA gelungen, wo er Rechtswissenschaften lehrte. Ab 1942 arbeitete er für das amerikanische Verteidigungsministerium, für das er die Verbrechen der Achsenmächte während des 2. Weltkrieges dokumentierte. Nach Kriegsende gehörte er dem amerikanischen juristischen Team bei den Nürnberger Prozessen an.

¹³ Omer Bartov, Christopher R. Browning, Jane Caplan, Debórah Dwork, Michael Rothberg, et al.:

An Open Letter on the Misuse of Holocaust Memory. New York Book Review 20. 11. 2023:

<https://www.nybooks.com/online/2023/11/20/an-open-letter-on-the-misuse-of-holocaust-memory/>

¹⁴ James M. Dorsey: A Genocide Expert Makes Sense of War Crimes in Gaza. Interview mit Omer Bartov. 24.11.2023. Unter:

<https://www.faiobserver.com/world-news/a-genocide-expert-makes-sense-of-war-crimes-in-gaza/>

¹⁵ Omer Bartov: *What I Believe as a Historian of Genocide*. New York Times, 10. November 2023:

<https://www.nytimes.com/2023/11/10/opinion/israel-gaza-genocide-war.html>

¹⁶ Middle East Monitor (MEMO): Lesson in Genocide, an Israeli historian speaks out on Gaza: MEMO in Conversation with Omer Bartov: https://www.youtube.com/watch?v=G4s3gzrPI_o&t=1244s

¹⁷ Wir benutzen hier in diesem Hintergrundpapier den Term ‚Genozid‘ und bewusst nicht ‚Völkermord‘. Wie aus der in diesem Kapitel beschriebenen Definition hervorgeht, ist das deutsche Wort ‚Volk‘ nicht hundertprozentig deckungsgleich mit dem Begriff des ‚Genos‘. ‚Genos‘ bezieht sich nicht nur auf ethnisch definierte Gruppen, sondern auch Gruppen, die sich durch andere gemeinsame Identitätsmerkmale definieren.

Nach Auffassung Lemkins bezeichnet Genozid „einen koordinierten Plan aus unterschiedlichen Maßnahmen, die auf die Zerstörung der essenziellen Lebensgrundlagen von nationalen Gruppen ausgerichtet sind, mit der Absicht, die Gruppen selbst zu vernichten. Ziele eines solchen Plans wären die Zerschlagung der politischen und sozialen Institutionen, der Kultur, der Sprache, des Nationalgefühls, der Religion und der wirtschaftlichen Existenz der nationalen Gruppen sowie die Zerstörung der persönlichen Sicherheit, der Freiheit, der Gesundheit, der Würde oder auch des Lebens der einzelnen Individuen, die diesen Gruppen angehören. Genozid richtet sich gegen die nationale Gruppe als Ganzes. Auch wenn sich die betreffenden Handlungen gegen Einzelpersonen richten, tun sie das nicht in ihrer individuellen Eigenschaft, sondern als Mitglieder der nationalen Gruppe.“¹⁸

Diese Definition spiegelt sich in **Artikel II** der UN-Konvention von 1948 wider, in der es heißt:

„In dieser Konvention bedeutet Völkermord jede der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

1. Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
2. Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
3. vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
4. Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
5. gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.“¹⁹

Im ursprünglichen Entwurf hatte Lemkin auch noch die Begriffe ‚politische Gruppe‘ und ‚kulturelle Gruppe‘ vorgesehen. Dies traf jedoch auf den Widerstand sowohl der Sowjetunion wie der USA. Erstere befürchteten, dass dies Genozid-Klagen wegen der *Großen Säuberung* unter Stalin nach sich ziehen könnte, während die USA verhindern wollten, dass Nachfahren ehemaliger Sklaven einen *black genocide*²⁰ geltend machen könnten.²¹

Strafbar ist im Interesse der Prävention nicht nur posthum ein begangener Genozid, sondern – und hier unterscheidet sich die Genozid-Konvention vom Strafrecht – schon allein der Vorsatz (*dolus directus*). So heißt es in **Artikel III** explizit:

„Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen:

1. Völkermord,
2. Verschwörung zur Begehung von Völkermord,
3. unmittelbare und öffentliche Anstiftung zur Begehung von Völkermord,
4. Versuch, Völkermord zu begehen,
5. Teilnahme am Völkermord.“²²

¹⁸ Lemkin, Raphael: Axis rule in occupied Europe: laws of occupation, analysis of government, proposals for redress. Clark, New Jersey, USA: Lawbook Exchange. 2008, S.79.

¹⁹ Siehe die deutsche Übersetzung des Wortlauts der Konvention unter:

<https://www.voelkermordkonvention.de/uebereinkommen-ueber-die-verhuetung-und-bestrafung-des-voelkermordes-9217/>

²⁰ Die jahrzehntelange Diskriminierung und die massenhaften Lynchmorde von Afroamerikanern wurden durch den 1946 gegründeten Civil Rights Congress in einem 1951 der UN überreichten Memorandum als Genozid bezeichnet – ein Begriff, der in den 1960ern durch den schwarzen Bürgerrechtler MalcolmX wieder aufgegriffen wurde.

²¹ Thomas Jansen: Das Ringen um die Völkermord-Konvention. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.2024.

²² <https://www.voelkermordkonvention.de/uebereinkommen-ueber-die-verhuetung-und-bestrafung-des-voelkermordes-9217/>

In **Artikel V** verpflichten sich die vertragsschließenden Parteien in ihren Ländern gesetzgeberischen Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung der Bestimmungen dieser Konvention sicherzustellen. Nach **Artikel VI** sind sie verpflichtet, alle in der Konvention genannten Vergehen strafrechtlich verfolgen.

Da die Konvention auch staatlich organisierte Verbrechen ahndet, verneint sie in **Artikel IV** ausdrücklich jedwede Form der Immunität, so dass auch Staatsoberhäupter, Regierungschefs und sonstige Politiker und Beamte wegen Völkermords bestraft werden können, auch wenn sie noch im Amt sind. Mit der Verfolgung dieser Fälle wurde der 1946 gegründete Internationale Strafgerichtshof beauftragt.²³

In der deutschen Debatte wurde wiederholt vorgebracht, dass der Vorwurf des Völkermordes – wie auch der Vergleich Gazas mit einem Ghetto – eine unzulässige Gleichsetzung des israelischen Vorgehens mit Naziverbrechen darstelle und damit die Singularität des Holocausts infrage stelle. Hierbei wird verkannt, dass schon Lemkin den Begriff des Genozids nicht nur auf die Vernichtung der europäischen Juden anwandte. Für ihn gab es Genozide vor dem Holocaust. Ausgangspunkt seiner Forschungen in den 1920ern war seine Auseinandersetzung mit dem Massenmord an den Armeniern. In seinem Hauptwerk *Axis Rule in Occupied Europe* setzt er sich nicht nur mit der Shoah, sondern auch anderen Völkermorden der Achsenmächte, wie z.B. dem Mord an Roma und Sinti oder dem Massenmord der Griechen in Thrakien durch Bulgarien auseinander. Lemkins Schrei *Never again!* setzt ja gerade die Möglichkeit der Wiederholung voraus. Mit der Genozid-Konvention sollte ein völkerrechtliches Instrument geschaffen werden, genau dies zu verhindern.

Genocide Watch: Stufen des Genozids

Genozide entwickeln sich nicht in einem sozialen Vakuum, noch passieren sie plötzlich und unerwartet. Genozide sind vorsätzlich verübte Verbrechen. Sie haben eine Vorgeschichte, Genozide bauen sich auf. Sie gehen mit Diskursverschiebungen einher, die das *Wir* und die *Anderen* neu definieren, neue soziale Grenzen ziehen. Kollektive werden stigmatisiert und dämonisiert. Genozide werden nicht von Einzeltätern verübt. Dahinter stehen Institutionen, Armeen, soziale Gruppen, Milizen, die mobilisiert werden. Verteilungskämpfe um Ressourcen oder Land können von Ausrottungsfantasien begleitet sein. Das bedeutet aber auch, dass es Warnsignale gibt, die Präventionsmaßnahmen aktivieren sollten.

Der amerikanische Genozid-Forscher und Gründer der internationalen NGO *Genocide-Watch*, Gregory H. Stanton, der als einer der Pioniere der Genozid-Forschung gilt, hat ein Warnsystem aus einer Skala von zehn Stufen genozidaler Szenarien entwickelt.

Diese Stufen sind im Einzelnen:

- 1. Klassifizierung:** Soziale Gruppen werden mit Hilfe von Stereotypen in „Wir“ und „Sie/die Anderen“ unterteilt. Diejenigen, die als anders wahrgenommen werden, werden ausgegrenzt und dämonisiert.
- 2. Symbolisierung:** Die ausgegrenzten Gruppen, die „Anderen“ werden mit degradierenden Begriffen (z.B. das N-Wort/Tutzi in Ruanda) oder Symbolen (gelber Stern für Juden/das blaue Halstuch unter den Khmer) markiert, um die Grenzziehung zur „Wir-Gruppe“ zu markieren.

²³ Kommentar zu Artikel IV der Völkermordkonvention: <https://www.voelkermordkonvention.de/keine-immunitaet-9315/>

3. **Diskriminierung:** Die dominante Gruppe verweigert bestimmten Gruppen gleiche Bürgerrechte. Diese Ausgrenzung wird ideologisch durch die dominante Bevölkerungsschicht gerechtfertigt.
4. **Dehumanisierung:** Menschen, die als "anders" wahrgenommen werden, werden entmenschlicht und z.B. mit Tieren oder Ungeziefer gleichgesetzt. Sie seien „schädlich“ für die hegemoniale Gruppe. Diese Entmenschlichung überwindet den normalen menschlichen Abscheu vor Mord.
5. **Organisation:** Völkermorde sind immer organisiert. Milizen und Spezialeinheiten werden zu diesem Zweck trainiert, bewaffnet und indoktriniert.
6. **Polarisierung:** Hassgruppen verbreiten polarisierende Propaganda, oft unterstützt durch Massenmedien. Die dominante Gruppe erlässt Gesetze oder ergreift Maßnahmen, die ihr die totale Macht über die Zielgruppen verleihen, während Zielgruppen entwaffnet werden, so dass sie unfähig zur Selbstverteidigung sind.
7. **Vorbereitung:** Tätergruppen oder ihre politischen Führer planen Tötungen genozidalen Charakters. Oft verwenden sie Euphemismen, um ihre Absichten zu verschleiern, z. B. bezeichnen sie ihre Ziele als "ethnische Säuberung", "Säuberung" oder "Terrorismusbekämpfung". Völkermord findet häufig im Kontext eines bewaffneten Konfliktes oder Bürgerkrieges statt, der als Selbstverteidigung oder Aufstandsbekämpfung getarnt ist.
8. **Verfolgung:** Die Opfer werden aufgrund ethnischer oder religiöser Identitätsmerkmale ausgesondert. Es werden Todeslisten erstellt. Manchmal werden sie sogar in Ghettos abgesondert, in Lager deportiert oder in eine vom Hunger geplagte Region verbannt und ausgehungert. Ihnen werden absichtlich Ressourcen wie Wasser oder Nahrung vorenthalten, um sie langsam zu vernichten. Die grundlegenden Menschenrechte der Opfergruppe werden systematisch durch außergerichtliche Tötungen, Folter und Zwangsumsiedlungen verletzt. Massaker beginnen. Man kann dann von Genozid sprechen, wenn ein Teil einer Gruppe **vorsätzlich** vernichtet wird.
9. **Vernichtung:** Die Vernichtung, die „Ausrottung“ der Gruppe. Dies ist die eigentliche Phase des Genozids. Die Opfer werden systematisch entmenschlicht. Es kann zu Massenvergewaltigungen als Kriegswaffe kommen. Durch die Zerstörung kultureller und religiöser Güter soll die Existenz der Gruppe aus der Geschichte getilgt werden.
10. **Verleugnung:** Das letzte Stadium ist die Verleugnung des Verbrechens und die Versuche, Indizien zu vernichten. Die Täter leugnen, dass sie Verbrechen begangen haben, blockieren Ermittlungen und geben oft den Opfern die Schuld an den Geschehnissen.²⁴

Stanton, der an der Etablierung des Internationalen Strafgerichtshofes für Ruanda und des Rote-Khmer-Tribunals beteiligt war, entwickelte entlang dieser 10-Stufen-Skale Interventionsmaßnahmen, um weitere Eskalationsschritte hin zum Genozid zu verhindern. Diese wenden sich sowohl an nationale Regierungen, die aufgefordert sind, Hassreden in ihren Ländern zu bekämpfen und rassistisch motivierte Straftaten zu verfolgen, wie auch an internationale Gremien wie die Vereinten Nationen. So fordert Stanton die Verhängung internationaler Sanktionen wie Einreiseverbote und das Einfrieren von Guthaben für Personen, die zur Liquidation anderer Gruppen anstiften (Stufe 4). Die UN soll

²⁴ Holocaust Memorial Day Trust: The ten stages of genocide. Unter: <https://www.hmd.org.uk/learn-about-the-holocaust-and-genocides/what-is-genocide/the-ten-stages-of-genocide/>; Siehe auch Gregory H. Stanton: The ten Stages of Genocide. Unter: <https://www.genocidewatch.com/tenstages>

Untersuchungskommissionen einrichten und Waffenembargos gegen Länder und Gruppen, die zu genozidalen Massakern aufrufen, verhängen (ab Stufe 5) und Verfahren gegen Personen einleiten, die zu Völkermord anstiften (Stufe 7). Zur Verhinderung von Genoziden auf der Basis der *Responsibility to Protect* (R2P) sollen Fluchtkorridore und humanitäre Hilfe für die Opfer bereitgestellt werden (Stufe 8 und 9) und internationale Strafverfahren für die Verantwortlichen für Genozide eingeleitet werden (Stufe 10).²⁵

Eine Woche nach dem 7. Oktober publizierte *Genocide Watch* angesichts der Gewalt von Hamas, den Übergriffen von immer enthemmteren jüdischen Siedlern in der Westbank und den Kriegsverbrechen in Gaza einen Alarmruf: „*Genocide Watch* stuft den Krieg in Israel und Gaza als Stufe 3: Diskriminierung, Stufe 4: Entmenschlichung, Stufe 5: Organisation, Stufe 6: Polarisierung, Stufe 8: Verfolgung und Stufe 9: Vernichtung ein.“²⁶ Die NGO fordert in dem SOS-Ruf die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen gegen Zivilisten, die Freilassung der Geiseln, die Aufhebung der Blockade Gazas und eine internationale Untersuchung des Einsatzes geächteter Waffen durch Israel.

Südafrikas Anklage gegen Israel und die Genozid-Konvention

Von den fünf Genozid-Definitionen des **Artikels II** treffen nach Ansicht Südafrikas vier auf die israelische Kriegsführung im Gazakrieg zu (**Artikel II a-d**). Da Israel UN-Ermittlern wie der UN-Sonderberichterstatterin für die Besetzten Gebiete die Einreise verweigert, stützt sich die Anklage in ihrer sehr detaillierten Dokumentation der israelischen Kriegsverbrechen überwiegend auf die Berichte der UN-Unterorganisationen und Sonderberichterstatter*innen²⁷ und internationaler Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen wie dem *Internationales Rotes Kreuz*, *Save the Children*, *Oxfam* oder *Human Rights Watch*. Die südafrikanische Anklageschrift ist zugleich eine aufrüttelnde Schilderung des Ausmaßes der Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft. Im Folgenden sollen die Anklagepunkte im Einzelnen entlang der Definition der Genozid-Konvention zusammengefasst werden.

Verstoß gegen Artikel II a der Genozid-Konvention: Tötung von Mitgliedern der Gruppe

Südafrika wirft Israel die systematische Bombardierung des Gazastreifens vor, die die massenhafte Tötung von Zivilisten bewusst in Kauf nimmt. Mit Hilfe Künstlicher Intelligenz würden über 100 Ziele pro Tag generiert – die israelische Zeitschrift *LocalCall* bezeichnet diese KI-Software, die den biblischen Namen *Habsora* [The Gospel] trägt, als ‚Massenmordmaschine‘.²⁸ Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Anklageschrift Ende Dezember 2023 hatten bereits 21.110 Menschen durch Bombardements ihr Leben verloren, darunter überproportional viele Kinder. 7.780 Menschen wurden vermisst, die wahrscheinlich unter Trümmern zusammengestürzter Häuser vergraben sind. „Es gibt keinen sicheren Ort in Gaza“, wird UN-Generalsekretär Guterres zitiert²⁹ „Palästinenser in Gaza wurden in ihren Häusern, an Orten, an denen sie Schutz suchten, in Krankenhäusern, in UNWRA-Schulen, in Kirchen, in Moscheen und bei dem Versuch, Nahrung und Wasser für ihre Familien zu finden,

²⁵ Siehe ebenda: <http://genocidewatch.net/genocide-2/8-stages-of-genocide/>

²⁶ Genocide Watch: Genocide Emergency Alert: Israel and Gaza. 15. 10, 2023.

²⁷ Darunter Berichte des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge UNRWA, der *World Health Organisation* (WHO), des UN-Kinderhilfswerks (UNICEF), des Entwicklungsprogramms der UN (UNDP), des *Office for the Coordination of Humanitarian Affairs* (OCHA), des *Office of the United Nations High Commissioner for Human* (OHCHR) sowie internationaler Hilfsorganisationen wie Bereiche des Internationalen Roten Kreuzes, *Save the Children* u.a. Siehe: Government of South Africa: Application Instituting Proceedings. Den Hague, 28.12.2023 (Im Folgenden ‚Application‘)

²⁸ Dass die Massentötung von Zivilisten bei der Programmierung des Programms bewusst einkalkuliert wurde, hat der investigative israelische Journalist Yuval Abraham nachgewiesen: ‚A Mass Assassination Factory‘: Inside Israel’s Calculated Bombing of Gaza. +972magazine 30.11.2023. siehe unter: <https://www.972mag.com/mass-assassination-factory-israel-calculated-bombing-gaza/>

²⁹ Letter by the Secretary-General to the President of Security Council invoking Article 99 of the United Nations Charter, (6 December 2023), https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_letter_of_6_december_gaza.pdf (siehe: Application, S. 32)

bombardiert. Diejenigen, die nicht evakuiert werden konnten, werden getötet. Sie werden an Orten getötet, an die sie geflohen sind, und sogar bei dem Versuch, über die von Israel als ‚sicher‘ bezeichneten Routen zu fliehen“.³⁰ Ganze Großfamilien – Großeltern, Eltern, Kinder - seien eliminiert worden. Der Bericht weist darauf hin, dass die Bomben überproportional viele Ärzte, Rettungspersonal, Journalisten und Akademiker, sowie 144 UN-Mitarbeiter getötet hätten – die "höchste Zahl an getöteten Einsatzkräften in der Geschichte der UN in so kurzer Zeit" wird die UN-Organisation, für die die Koordination humanitärer Angelegenheiten zitiert.³¹ Die Anklageschrift weist auch auf berichtete Fälle von Massenexekutionen unbewaffneter Zivilisten hin.³²

Verstoß gegen Artikel II b der Genozid-Konvention: Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe

Bis zum Datum der Überreichung der Anklageschrift an den IGH wurden 55.243 Palästinenser verletzt – oft mit langfristigen Schäden. Wie unter den Todesopfern ist der Anteil von Frauen und Kindern auch unter den Verletzten außergewöhnlich hoch. Schwere Verbrennungen und Amputationen sind typische Kriegsfolgen. Allein 1.000 Kinder verloren ein oder sogar beide Beine. Es gibt Hinweise auf den Einsatz von weißem Phosphor in Wohngebieten mit einer hohen Bevölkerungsdichte. Nach den Zusatzprotokollen des Genfer Abkommens ist dessen Einsatz verboten.³³ Selbst kleine Mengen von weißem Phosphor können tiefe und schwere Verbrennungen verursachen, die sogar Knochen durchdringen und sich nach der Erstbehandlung erneut entzünden können. Da es im Norden des Gazastreifens keine funktionierenden Krankenhäuser gibt, in der Opfer behandelt werden können, sind Verletzte dazu verurteilt, auf einen qualvollen Tod zu warten.³⁴ Die starken Bombardierungen, vor denen es kein Entrinnen gibt, haben die ganze Bevölkerung traumatisiert. Schon vor dem Krieg zeigten 80 % der Kinder in Gaza emotionale Stresssymptome wie Bettnässen, Selbstmordfantasien, Selbstverletzungen und andere Verhaltensstörungen.³⁵ Diese Zahl wird sich mit aufgrund der neuen Traumata Sicherheit erhöhen, glauben Kinderrechtsorganisationen.

Verstoß gegen Artikel II c der Genozid-Konvention: Vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen

Die Anklageschrift Südafrikas dokumentiert eindrücklich, wie Israel seit dem Beginn des Krieges die Lebensgrundlagen der Menschen durch Massenvertreibung, die Vorenthaltung von Wasser und Lebensmitteln vernichtet und die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Infrastruktur zerstört hat. Das Gebiet wurde bewusst unbewohnbar gemacht und die gesellschaftlichen Strukturen zerstört.

³⁰ The ICRC urges protection for Gaza civilians evacuating and staying behind (13 November 2023), <https://blogs.icrc.org/ir/en/2023/11/the-icrc-urges-protection-for-gaza-civilians-evacuating-and-staying-behind/> (siehe: Application, S.32)

³¹ UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel - reported impact | Day 82 (27 December 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-reported-impact-day-82> (siehe: Application, S.34)

³² UN, The Question of Palestine, Unlawful Killings in Gaza (20 December 2023), <https://www.un.org/unispal/document/unlawful-killings-in-gaza-city-ohchr-press-release/> (siehe Application, S. 32)

³³ Das Zusatzabkommen von 1977 wurde allerdings von Israel nicht unterzeichnet. Israel hat auch während des Libanonkrieges 2006 und während des Gazakrieges 2009 weißen Phosphor eingesetzt.

³⁴ UN News, UPDATED: Injured patients 'waiting to die' in northern Gaza as last hospital shuts down, amid rising 'catastrophic' hunger levels (21 December 2023), <https://news.un.org/en/story/2023/12/1145017>. (siehe Application, S..35)

³⁵ Save the Children, Children's Mental Health in Gaza Pushed Beyond Breaking Point After Nearly a Month of Siege and Bombardment (7 November 2023), <https://www.savethechildren.org.uk/news/media-centre/press-releases/childrens-menta>. (siehe Application, S. 35)

1. *Massenvertreibung*: 1,9 Millionen – 85% der Bewohner des Gazastreifens – wurden aus ihren Häusern vertrieben. Menschen aus dem Norden wurden in den Süden und hier von einem Planquadrat ins nächste getrieben. Zuletzt wurde ihnen al-Mawasi als „sicherer Ort“ zugewiesen – ein sandiger Landstrich von 14 km² entlang der Mittelmeerküste, wo es keine Lebensmittel, keine sanitären Einrichtungen, keinen Schutz vor Regen oder Luftangriffen gibt.³⁶ Aber auch die Fluchtrouten wurden bombardiert, Menschen auf der Flucht wurden willkürlich verhaftet und entmenschlicht. Die Menschen „haben keinen sicheren Ort, an den sie fliehen können, und diejenigen, die nicht fliehen können oder sich weigern, sich vertreiben zu lassen, werden getötet oder laufen große Gefahr, in ihren Häusern zu sterben.“³⁷ Der Norden mit Gaza-Stadt – ca. 355.000 Wohnungen mit dem gesamten Hab und Gut der Bewohner – wurde inzwischen so zerstört, dass es keine realistische Aussicht auf eine Rückkehr der Vertriebenen an ihre Wohnorte gibt. Laut Anklageschrift haben die Zwangsvertreibungen „genozidalen Charakter, da sie darauf ausgelegt sind, die physische Zerstörung der Palästinenser in Gaza herbeizuführen.“³⁸
- 2.
3. *Entzug des Zugangs zu Nahrung und Wasser*: Am 9. Oktober ordnete Israel eine komplette Blockade des Gazastreifens an: Keine Lebensmittel, kein Wasser, keine Elektrizität, kein Treibstoff wurden mehr geliefert. Gleichzeitig wurden systematisch Bäckereien, Wasseraufbereitungsanlagen und -leitungen, Mühlen, Äcker und Obstgärten, Ställe und Lebensmittellager bombardiert. Auch wenn auf der Basis der Intervention des Sicherheitsrates inzwischen wieder Hilfsgüter – wenn auch in viel zu geringem Maße – nach Gaza kommen, bleibt die Versorgungslage katastrophal. Grund dafür: Der Sicherheitsrat hätte es versäumt vier wichtige Elemente in die verwässerte Resolution aufzunehmen: Sicherheit [es ist unmöglich unter den Bombardierungen Hilfsgüter an Bedürftige auszuliefern], 2. Zusätzliches Personal, das sich frei und sicher bewegen kann [144 UN-Mitarbeiter wurden bis zur Abfassung des Berichts getötet]. 3. Logistik [Viele der UN-Fahrzeuge wurden bei Angriffen zerstört und Israel weigert sich, die Lieferung von Ersatzfahrzeugen zuzulassen]. 4. Wiederaufnahme der kommerziellen Lieferungen [die Ladenregale sind leer, nur eine einzige Bäckerei funktioniert noch]³⁹. 93 % der Bevölkerung leidet Hunger oder ist bedrohlich unterernährt. Pro Person stehen den Menschen nicht mehr als 1,5 bis 1,8 l sauberes Wasser zur Verfügung – wohlgeachtet: für alle Verwendungszwecke wie Trinkwasser, Nahrungsmittelzubereitung und Hygiene. Die meisten Menschen sind dehydriert. „Israel hat die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen an den Rand einer Hungersnot getrieben, wobei ... die Gefahr jeden Tag größer wird,“ warnt das *World Food Program (WFP)*⁴⁰ „Oxfam und Human Rights Watch ... haben Israel explizit beschuldigt, den Hunger ‚als Kriegswaffe‘ gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza einzusetzen,“ zitiert die Anklageschrift internationale Hilfsorganisationen.⁴¹

³⁶ Vergl. Application S. 47.

³⁷ Application, S. 37.

³⁸ Application, S. 39.

³⁹ Vergl. Application S. 40.

⁴⁰ WFP Media, @WFP_Media, Tweet (10:35 pm, December 9, 2023), https://twitter.com/WFP_Media/status/1733616413636530607. (siehe: Application, S.41)

⁴¹ Oxfam, Starvation as weapon of war being used against Gaza civilians (25 October 2023), <https://www.oxfam.org.uk/media/press-releases/starvation-as-weapon-of-war-being-used-against-gaza-civilians/>; and HRW, Israel: Starvation Used as Weapon of War in Gaza (18 December 2023), <https://www.hrw.org/news/2023/12/18/israel-starvation-used-weapon-war-gaza>. (siehe, S. 42)

4. *Entzug von Schutzräumen und Obdach:* 1,2 Millionen Menschen haben Schutz in Einrichtungen des UN-Hilfswerks für palästinensische Geflüchtete (UNRWA) gesucht, überwiegend in UNRWA-Schulen und oder in Zelten, die provisorisch in Schulhöfen errichtet wurden. Aber selbst vor UN-Einrichtungen haben die israelische Bombardements nicht halt gemacht haben. Die Einrichtungen sind völlig überlaufen; die UNRWA steht kurz vor dem Kollaps. Pro 700 Personen gibt es durchschnittlich eine Toilette. Unter den Schutzsuchenden sind Schwerstverwundete, die nicht versorgt werden können. Frauen bringen Kinder in völlig überfüllten Räumen unter katastrophalen hygienischen Umständen zur Welt. Es fehlt an warmer Kleidung, an Wolldecken und Bettzeug, an Kochutensilien, Hygieneartikeln. Das Abwassersystem im ganzen Gazastreifen ist defekt, Abwässer fließen durch die Straßen. Krankheiten breiten sich aus. Gesundheitsbehörden registrieren 25-mal so viele Durchfallkrankheiten bei Kindern als vor dem Krieg. Dies können bei Kleinkindern – zumal wenn diese unterernährt sind – tödlich sein. „Diese von Israel bewusst herbeigeführten Bedingungen zielen auf die Vernichtung der palästinensischen Gemeinschaft in Gaza“, so die Schlussfolgerung der Anklage.⁴²

5.

6. *Entzug von medizinischer Versorgung:* Das Gesundheitssystem in Gaza ist faktisch zusammengebrochen. Krankenhäuser und Gesundheitszentren wurden systematisch bombardiert. Von 36 Krankenhäusern und 72 Gesundheitsstationen funktionieren nur noch 13 Krankenhäuser, bzw. 18 Gesundheitsstationen. „Die Israelische Armee zielt auf Generatoren, Solarzellen und andere lebensrettende Geräte der Krankenhäuser wie Sauerstoffstationen und Wassertanks. Sie hat auch Krankenwagen, medizinische Konvois und Ersthelfer angegriffen. 311 Angestellte des Gesundheitswesens wurden getötet, darunter mindestens 22 Angestellte im Dienst.“⁴³ 570 Menschen – Patienten und Schutzsuchende – wurden in Krankenhäusern umgebracht, 746 weitere verletzt. Andere starben, weil Dialysegeräte oder Inkubatoren wegen der Stromsperren ausfielen.⁴⁴ Die Anklageschrift weist darauf hin, dass schon vor dem Krieg die Gesundheitseinrichtungen in Gaza aufgrund der Blockade nur bedingt einsatzfähig waren. Jetzt müssen sie zusätzlich über 50.000 Verwundete versorgen. Daneben müssen die wenigen noch intakten Krankenhäuser Routinefälle wie Krebs, Bluthochdruck, Nierenerkrankungen oder Herzgefäßkrankheiten behandeln.

7.

Aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen grassieren Krankheiten wie Durchfall- und Darmkrankheiten, Atemwegserkrankungen, Hautkrankheiten, Hepatitis und Meningitis, die unter normalen Bedingungen unproblematisch sind, aber innerhalb der ausgehungerten Bevölkerung in Gaza ein Todesurteil bedeuten können.⁴⁵ Die Dramatik schildert ein in der Anklageschrift zitierter Bericht von *Medecins sans Frontiers*: „Wir müssen mit ansehen, wie Krankenhäuser in Leichenhallen und Ruinen verwandelt werden. Diese vermeintlich geschützten Einrichtungen werden bombardiert, mit Panzern und Kanonen beschossen, eingekreist

⁴² Application, S. 47.

⁴³ Application, S. 49.

⁴⁴ UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #42 (17 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-42>; UN OCHA, Hostilities in the Gaza Strip and Israel | Flash Update #44 (19 November 2023), <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-44> (siehe Application, S. 50)

⁴⁵ WHO, Lethal combination of hunger and disease to lead to more deaths in Gaza (21 December 2023), <https://www.who.int/news/item/21-12-2023-lethal-combination-of-hunger-and-disease-to-lead-to-more-deaths-in-gaza>. (Application, S.53)

und überfallen, wobei Patienten und medizinisches Personal getötet werden.... Das medizinische Personal, auch unser eigenes, ist völlig erschöpft und verzweifelt. Sie mussten Gliedmaßen von Kindern amputieren, die an schweren Verbrennungen leiden, ohne Narkose oder sterilisierten chirurgischen Instrumenten. Aufgrund von Zwangsevakuierungen durch israelische Soldaten mussten einige Ärzte Patienten zurücklassen, nachdem sie vor die unvorstellbare Wahl zwischen ihrem Leben oder dem ihrer Patienten gestellt wurden. Es gibt keine Rechtfertigung für die grausamen Angriffe auf das Gesundheitswesen.“⁴⁶

Experten schätzen, dass die Zahl der Todesopfer durch Krankheit und Hunger "ein Vielfaches der Zahl der Todesopfer durch Kämpfe und Luftangriffe betragen könnte".⁴⁷ In der britischen medizinischen Fachzeitschrift *The Lancet* warnt eine Gruppe von Medizinern zu Recht vor der "ernsten Gefahr eines Völkermords am palästinensischen Volk." ⁴⁸

8. *Zerstörung palästinensischen Lebens in Gaza*: Die israelische Armee hat vor allem im Norden Gazas ganze Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht. Zerstört wurden Geschäfte, Wasseraufbereitungsanlagen, Fabriken, Sozialeinrichtungen, Schulen und Universitäten, Kirchen und Moscheen, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude einschließlich ihrer Archive – kurz: die gesamte Verwaltungs-, Wirtschafts- und kulturelle Infrastruktur. Zerstört wurden Orte der kulturellen Erinnerung, wie die Altstadt von Gaza, die fast 700 Jahre alten Omari-Moschee, die Byzantinische Kirche aus dem 5. Jahrhundert, das Nationalarchiv mit historischen Manuskripten, das erst kürzlich eröffnete Kulturhistorische Museum und der römische Friedhof. „Neben der Zerstörung der physischen Denkmäler der Geschichte und des kulturellen Erbes der Palästinenser im Gazastreifen versucht Israel auch, das palästinensische Volk zu zerstören, das dieses Erbe geformt und geschaffen hat: Gazas renommierte Journalisten, seine Lehrer, Intellektuellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, seine Ärzte und Krankenschwestern, seine Filmemacher, Schriftsteller und Sänger, die Direktoren und Dekane seiner Universitäten, die Leiter seiner Krankenhäuser, seine angesehenen Wissenschaftler, Linguisten, Dramatiker, Romanautoren, Künstler und Musiker. Israel tötet palästinensische Geschichtenerzähler und Dichter, palästinensische Bauern und Fischer sowie lokale Legenden des Gazastreifens: der Konditor Masoud Muhammad al-Qatati, der am 3. November 2023 bei einem israelischen Luftangriff auf sein Haus getötet wurde, dessen Lebensmotto lautete ‚Lasst die Armen essen‘.... und die beliebte ‚Knafeh‘ an bedürftige Kunden zu verschenkte. Elham Farah, die aus einer der ältesten christlichen Familien Palästinas stammt als Akkordeonistin und Musiklehrerin bekannt war und die von ihren Schülern wegen ihres roten Haarschopfs ‚Mutter Orange‘ genannt wurde. Sie wurde von einem israelischen Scharfschützen vor der Kirche der Heiligen Familie in Gaza-Stadt erschossen,“ ⁴⁹ führt die Anklageschrift aus und schlussfolgert: „Die israelische Armee zerstört die Struktur und die Fundamente palästinensischen

⁴⁶ Médecins Sans Frontières ('MSF'), Gaza: "It must all stop now", Letter to UN Security Council (4 December 2023), <https://www.msf.org/letter-gaza-un-security-council>. (Application, S. 48)

⁴⁷ Henry Mance, "UN aid chief Martin Griffiths: 'the war in Gaza isn't halfway through'", Financial Times (18 December 2023), <https://www.ft.com/content/01b592be-47c7-4a20-9bbd-621aa40f7640>. (Application, S.53)

⁴⁸ Alix Faddoul, Geordan Shannon, Khudejha Ashgar, Yamina Boukari, James Smith and Amy Neilson, "The health dimensions of violence in Palestine: a call to prevent genocide", The Lancet (18 December 2023), [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(23\)02751-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(23)02751-4/fulltext). (Application S. 54)

⁴⁹ Application, S. 56f

Lebens in Gaza. Israel schafft bewusst Lebensbedingungen für die palästinensische Gruppe in Gaza, die auf ihre Zerstörung ausgerichtet sind.“⁵⁰

Verstoß gegen Artikel II d der Genozid-Konvention: Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind (Artikel 2d)

Ein überproportionaler Anteil von 70% der Opfer sind Frauen und Kinder. Aber noch in anderer Hinsicht hat der Krieg extreme Folgen für die reproduktive Gesundheit und Fertilität von Frauen. Die Anklageschrift weist in eindringlichen Worten auf die besondere Gefährdung schwangerer Frauen und neugeborener Babys hin. Durch Stress und Traumatisierung schwangerer Frauen ist der Anteil von Fehl-, Früh- und Todgeburten um fast ein Drittel gestiegen. Monatlich kommen 5.500 Kinder in Gaza zur Welt. Dies geschieht seit Beginn des Krieges unter extrem prekären und unsicheren Bedingungen „oft ohne sauberes Wasser, geschweige denn medizinische Hilfe, in provisorischen Unterkünften, in Häusern, auf Straßen inmitten von Trümmern oder in überlasteten Gesundheitseinrichtungen, unter katastrophalen sanitären Verhältnissen mit einem hohen Risiko von Infektionen und medizinischen Komplikationen.“⁵¹ Wenn Frauen mit Risikoschwangerschaften überhaupt in der Lage sind, ein funktionierendes Krankenhaus zu erreichen, müssen sie sich häufig ohne Betäubung einem Kaiserschnitt unterziehen.⁵² Fälle lebensbedrohliche Plazentaablösung haben sich verdoppelt.⁵³ Wegen fehlender alternativen Therapien mussten mehreren jungen Frauen zur Stillung postnataler Blutungen die Gebärmutter entfernt werden. Sie werden nie wieder Kinder bekommen.⁵⁴ Junge Mütter haben aufgrund von Unterernährung und Dehydration keine Muttermilch mehr. Sie müssen Ersatzmilchpulver – wenn sie überhaupt welches finden – oft mit kontaminiertem Wasser aufbereiten. Immer mehr Neugeborene sterben an Mangelernährung, Durchfall und Unterkühlung. Am 11. November 2023 warnte die UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen: Die von Israel an palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern verübte reproduktive Gewalt könne „als ...einen Akt des Genozids gemäß **Artikel II** der Konvention zur Verhütung von Genozid ..., die die Verhängung von Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten innerhalb einer Gruppe‘ einschließt, klassifiziert werden.“⁵⁵

Genozidaler Vorsatz und Kontext

Das Verbrechen des Genozids unterscheidet sich in einem wesentlichen Aspekt von anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit: dem Vorsatz (Artikel II). Nur wenn die Intention der Tötung der Mitglieder einer Gruppe vorliegt, kann von Genozid gesprochen werden.

Dem Vorsatz des Genozids widmet die südafrikanische Anklage einen ganzen Absatz, in dem genozidale Äußerungen der politischen Führungsspitze, Knessetabgeordneter, führender Militärs, aber auch von in Gaza eingesetzten IDF-Soldaten und Vertretern der israelischen Zivilgesellschaft dokumentiert werden. Das beginnt mit der Äußerung Staatspräsident

⁵⁰ Application, S. 57

⁵¹ WHO, Women and newborns bearing the brunt of the conflict in Gaza, UN agencies warn (3 November 2023), <https://www.who.int/news/item/03-11-2023-women-and-newborns-bearing-the-brunt-of-the-conflict-in-gaza-un-agencies-warn>. (Application S. 58)

⁵² UN News, Interview: 5,500 women in Gaza set to give birth ‘in race against death’ (7 November 2023), <https://news.un.org/en/interview/2023/11/1143327>

⁵³ Oxfam, Babies dying from preventable causes in besieged Gaza – Oxfam (24 November 2023), <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/babies-dying-preventable-causes-besieged-gaza-oxfam>. (Application S. 58)

⁵⁴ Juzoor for Health and Social Development, The ravages of war: impact on mothers & newborns in Gaza (11 November 2023), https://www.juzoor.org/cached_uploads/download/2023/11/11/maternal-health-report-final-1699726911.pdf. (Application S. 58)

⁵⁵ UN Press Release, Women bearing the brunt of Israel-Gaza conflict: UN expert (20 November 2023), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/women-bearing-brunt-israel-gaza-conflict-un-expert> (Application S.59)

Herzogs, dass Israel nicht zwischen Zivilisten und Hamas-Kämpfern unterscheiden würde, sondern die die gesamte Bevölkerung Gazas für die Massaker des 7. Oktober verantwortlich mache⁵⁶ bis zu den Aufrufen Ministerpräsident Netanjahus an die IDF-Soldaten, sich die Schlacht der alten Hebräer gegen die Amalekiter zum Vorbild zu nehmen. Die Textstelle der Bibel lautet: „Geht nun hin, schlägt Amalek, und ächtet alles, was ihm gehört. Verschont niemanden, sondern tötet Männer und Frauen, Säuglinge und Kleinkinder, Rinder und Schafe, Kamele und Esel.“⁵⁷ An anderer Stelle rief Netanjahu dazu auf, ganz Gaza in Schutt und Asche zu legen. Der israelische Verteidigungsminister Gallant, der die totale Abriegelung des Gazastreifens abgeordnet hatte und dessen Bewohner als „menschliche Tiere“ bezeichnete, erklärte am 10. Oktober 2023: „Gaza wird nie wieder zu dem werden, was es einmal war. Wir werden alles eliminieren. Wenn wir es nicht an einem Tag schaffen, wird es eine Woche dauern. Es wird Wochen oder sogar Monate dauern, aber wir werden alle Orte erreichen.“⁵⁸

Dass diese Aufrufe bei den IDF-Einheiten im Feld auf Resonanz stoßen, zeigen Videoclips in denen Soldaten archaisch anmutende Kriegstänze aufrühren, zu denen sie singen: „Wir kennen unser Motto: Es gibt keine unschuldigen Zivilisten. Wir sind hierhergekommen, um die Samen von Amalek auszurotten.“⁵⁹ In einem anderen Clip brüllen sie: „Soll ihr Dorf brennen! Soll Gaza ausgerottet werden!“⁶⁰ Ein Verbindungsmann von COGAT (Einheit der IDF, die eigentlich verantwortlich für die Koordination humanitärer und ziviler Angelegenheiten in den Besetzten Gebieten ist) erklärte im israelischen Fernsehkanal Channel 14: „Sollte jemand zurückkehren, wird er nichts als verbrannte Erde vorfinden. Keine Häuser, keine Felder, nichts!“⁶¹

Auch andere Kabinettsminister haben, wie die Anklageschrift dokumentiert, genozidale Absichten erkennen lassen, darunter u.a. Finanzminister Bezalel Smotrich („Wir müssen ihnen einen Schlag versetzen, wie man ihn in 50 Jahren nicht gesehen hat und Gaza zerstören“) der Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir („Alle sind Terroristen. Alle müssen zerstört werden!“), Landwirtschaftsminister Avi Dichter, der zu einer neuen Nakba aufrief, oder der Minister für kulturelles Erbe, Amirchai Eliyahu, der dazu riet, eine Atombombe über Gaza abzuwerfen und der forderte, die Palästinenser durch Siedler zu ersetzen.⁶² Die Liste ließe sich fortsetzen.

Die Anklageschrift kommt deswegen zu dem Schluss: „Die oben genannten Äußerungen israelischer Entscheidungsträger und Militärs zeugen von der klaren Absicht, die Palästinenser im Gazastreifen als Gruppe ‚an sich‘ zu vernichten. Sie stellen auch eine klare direkte und öffentliche Aufforderung zum Genozid dar, die ungehindert und ungestraft geblieben ist. Aus den Handlungen der israelischen Armee vor Ort - einschließlich der großen Zahl getöteter und verletzter Zivilisten und des Ausmaßes der Vertreibung, Zerstörung und Verwüstung im Gazastreifen - lässt sich eindeutig schließen, dass diese völkermörderischen Erklärungen und Anweisungen gegen das palästinensische Volk umgesetzt werden.“⁶³

⁵⁶ President of the State of Israel, @Isaac_Herzog, Tweet (5:16 pm, December 25, 2023), https://twitter.com/Isaac_Herzog/status/173933430267074594 (Application S. 60), die genozidalen Aussagen israelischer Politiker, Militärs, Medien, Soldaten und zivilgesellschaftlicher Akteure sind ausführlich in dem Strafantrag auf den Seiten 59-67 dokumentiert.

⁵⁷ Address by the Prime Minister of Israel, 28 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=IIPkoDk6isc>. Translation in, „Israel-Hamas war: 'We will fight and we will win', says Benjamin Netanyahu“, Sky News (28 October 2023) (Application S. 60)

⁵⁸ Filmography: Ariel Harmoni, Ministry of Defense, Kipa News, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=I9wx7e4u-xM>. Translation in „Israeli Defense Minister Warns Hamas 'Will Regret' Deadly Attacks“, Bloomberg (10 October 2023), <https://www.youtube.com/watch?v=vtjHcnNBOE8> (Application S. 61)

⁵⁹ Chanel 4, 4 November 2023, https://www.youtube.com/watch?v=qb_oBSAZjDs (Application S. 65)

⁶⁰ Video of Kobi Peretz with soldiers, 17 November 2023, <https://www.youtube.com/watch?v=xcH2o4c5KZY> (Application 65)

⁶¹ Video address by Ghassan Alian, 10 October 2023, <https://www.youtube.com/shorts/5a0EWv-o7mE>. (Application S. 62)

⁶² Vergl. Application S. 61f

⁶³ Application, S. 65

Die israelische Verteidigung in den Haag hat die südafrikanischen Anschuldigungen mit dem Argument zurückgewiesen, dass in Zeiten des Krieges allein das Kriegskabinett – ihm gehören Netanjahu, Verteidigungsminister Gallant, der Minister für strategische Angelegenheiten Ron Dermer und die beiden Oppositionspolitiker Benny Gantz und Gady Eizenkot an – befugt sei, autoritative Erklärungen anzugeben. Abgesehen von der Tatsache, dass sowohl Netanjahu wie Gallant dem Kriegskabinett angehören, wäre Israel entsprechend der **Artikel IV bis VI** der Genozidkonvention völkerrechtlich verpflichtet, umgehend strafrechtliche Maßnahmen gegen jede Form der Anstiftung zum Genozid – sei es durch Politiker, Staatsangestellte oder Individuen – einzuleiten, was nicht erfolgt ist.

Um das Argument des Vorsatzes zu weiter zu unterstreichen, geht die südafrikanische Anklageschrift auch auf den historischen und politischen Kontext ein. Der Genozid in Gaza sei nicht in einem Vakuum und erst als Reaktion auf die Massaker erfolgt, sondern sei Teil einer Serie von Kriegen und einer Politik der Vertreibung und Marginalisierung der Palästinenser. Parallel zu seinem Rückzug aus Gaza hätte Israel 2005 eine Blockade gegen das Gebiet verhängt. Es kontrolliere seitdem alle Landzugänge, den Luftraum und die Seegrenzen, Im- und Exporte, Ein- und Ausreisen, Wasser, Elektrizität und die Personenstandsregister. Es hätte eine Sicherheitsgrenze innerhalb des Gazastreifens errichtet, die 24% des ohnehin schon geringen Ackerlandes vernichtet habe. Fischer dürften nur innerhalb einer Seegrenze von 20 Meilen aufs Wasser fahren. All diese Maßnahmen hätten die De-Industrialisierung Gazas und extreme Lebensmittelunsicherheit zur Folge.

Dem Krieg seinen 2008, 2014, 2021 weitere assymetrische Kriege vorausgegangen, die 7.569 Palästinensern das Leben gekostet hätten. Erwähnt wird auch der *March auf Return* – wöchentliche Demonstrationen an der Grenze zu Israel in den Jahren 2018/2019 gegen die Blockade und für das Recht auf Rückkehr – auf den Israel mit Waffengewalt reagiert habe. Israelische Sniper hätten 214 Demonstrierende getötet und 36.100 durch gezielte Schüsse in die Gliedmaßen verletzt. Der Krieg in Gaza wird in einen Zusammenhang mit der völkerrechtswidrige Annektion Jerusalems und illegalen Maßnahmen in der Westbank gestellt, wie der Zerstörung von Häusern und Ackerland, der systematischen Besiedlung und dem Mauerbau, durch den die dortige palästinensische Bevölkerung in immer mehr kleine Enklaven zurückgedrängt wurden. Israel würde sich auf illegale Weise palästinensische Ressourcen wie Land und Wasser aneignen, Menschen von ihrem Land und Boden vertreiben und hätte ein duales Rechtssystem etabliert. Nicht nur Menschenrechtsorganisationen, auch viele UN-Dokumente würden deswegen von einem Apartheidssystem sprechen.⁶⁴

Die Entscheidung des IGH und seine Folgen

Die IGH-Entscheidung ist sowohl politisch wie auch juristisch ein Durchbruch. Politisch, weil Israel vor dem weltweit höchsten Gericht vor den Augen der ganzen Welt auf der Anklagebank sitzt. Juristisch, weil das Gericht erstens die Palästinenser in Gaza als ein bedrohtes „zu schützendes Kollektiv“ anerkannt hat und zweitens, weil es den Anfangsverdacht, dass Israel in Gaza einen Genozid verübt, als „plausibel“ bestätigt hat.

Die IGH-Entscheidung verpflichtete Israel zu sechs Sofortmaßnahmen, die völkerrechtlich bindend sind. Israel und seine bewaffneten Streitkräfte werden angewiesen, die in **Artikel II** der Genozid-Konvention definierten genozidalen Akte zu unterlassen: 1. Töten von Mitgliedern der Gruppe – gemeint sind die Palästinenser in Gaza; 2. Verursachung von körperlichem und psychischem Schaden; 3. die vorsätzliche Schaffung von Lebensbedingungen, die zu der physischen zur Zerstörung der Gruppe führen; 4. die Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe

⁶⁴ Application, S. 26

gerichtet sind. Israel muss jede Form der öffentlichen Anstiftung zum Genozid an Palästinensern verhindern und strafrechtlich sanktionieren. Außerdem hat Israel effektive Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um das Leid der Palästinenser in Gaza durch die Zulassung humanitärer Hilfe zur Deckung von Grundbedürfnissen zuzulassen. Israel wird explizit dazu verpflichtet, keine Beweismittel, die für die Anklage relevant sein könnten – z.B. interne Regierungsmemos, Befehle an IDF-Einheiten in Gaza – zu vernichten. Und es muss dem Gericht innerhalb eines Monats einen Rechenschaftsbericht darüber vorlegen, welche Maßnahmen es ergriffen hat, die Anordnungen umzusetzen. Der IGH behält sich vor, weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Manche Palästinenser waren enttäuscht, dass das IGH nicht explizit einen sofortigen Waffenstillstand angeordnet hat. Allerdings implizieren die verordneten Maßnahmen einen Waffenstillstand, auch wenn der Begriff selber umgangen wurde.⁶⁵ „Die Anordnung des Gerichtshofs kann nur durch einen Waffenstillstand umgesetzt werden,“ heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von drei führenden palästinensischen Menschenrechtsorganisationen *al-Haqq*, *Al Mezan* und dem *Palestinian Centre for Human Rights* (PCHR) vom 26. Januar. „Ohne eine vollständige Einstellung der Feindseligkeiten können die Maßnahmen nicht durchgeführt werden. Insbesondere in Anbetracht der zahlreichen Erklärungen der Vereinten Nationen, dass eine wirksame humanitäre Hilfe nur bei einer vollständigen Einstellung der Militärationen möglich ist, ist die Aufforderung des IGH praktische eine Aufforderung zu dieser Einstellung der Kampfhandlungen.“⁶⁶

Das Büro des Außenbeauftragten der EU bekräftigte nach der Entscheidung in den Haag: „Die Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs sind für die Vertragsparteien verbindlich; sie müssen diesen Beschlüssen nachkommen. Die Europäische Union erwartet, dass sie vollständig, unverzüglich und wirksam umgesetzt werden.“⁶⁷ Ein Problem bleibt: Dem IGH stehen keine Mechanismen zur Verfügung, die Umsetzung der Maßnahmen zu erzwingen. Dies kann nur der UN-Sicherheitsrat, wobei schon jetzt zu erwarten ist, dass die USA ein Veto gegen alle Maßnahmen einlegen werden, die Israel Hindernisse in den Weg legen.

Die IGH-Entscheidung ist dennoch ein Dilemma für Israel und seine Unterstützer. Die Genozid-Konvention hat universelle Gültigkeit und verpflichtet alle Staaten, die ihr beigetreten sind, Maßnahmen zur Prävention und Strafverfolgung von Genozid-Verbrechen zu ergreifen.

Westliche Regierungen verrenken sich seit der Entscheidung des IGH bei der Suche nach Sprachregelungen, um die fortgesetzte Unterstützung der Netanjahu-Regierung zu legitimieren und die öffentliche Meinung über die Bedeutung des IGH-Urteils in die Irre zu führen. Es gäbe überhaupt keinen Widerspruch zwischen der Biden-Administration und der IGH-Entscheidung, erklärte der Sprecher des Weißen Hauses John Kirby, auf einer Pressekonferenz noch am 26. Januar. Auch die USA hätten Israel immer gedrängt, zivile Opfer zu vermeiden und humanitäre Hilfe nach Gaza zu lassen. Nach wie vor halten die USA die südafrikanischen Anschuldigungen gegen Israel für haltlos. Der IGH selber wäre ja auch gar nicht zu dem Schluss gekommen, dass in Gaza ein Genozid verübt werde (Anmerkung: Der Verdacht wurde bestätigt, das endgültige Urteil steht noch aus). Außerdem hätte er das Recht Israels auf Selbstverteidigung dadurch bestätigt, dass der expliziten Forderung Südafrikas nach einem Waffenstillstand nicht entsprochen hätte (Anmerkung: Das Recht auf

⁶⁵ Internationale Menschenrechtsanwälte weisen darauf hin, dass die explizite Nichterwähnung eines Waffenstillstandes v.a. juristische Gründe hat. Ein Waffenstillstand muss zwischen zwei Kriegsparteien angeordnet werden. In diesem Verfahren ginge es jedoch um Genozid. Deswegen hätte das Gericht sehr detailliert angeordnet, alle genozidalen Handlungen zu unterlassen.

⁶⁶ <https://www.alhaq.org/advocacy/22548.html>

⁶⁷ https://www.eeas.europa.eu/eeas/icj-joint-statement-high-representative-and-european-commission_en

Selbstverteidigung war nicht Gegenstand des Verfahrens). Angesprochen auf die große Anzahl von Toten, erklärte Kirby zynisch: „Wir glauben, dass Israel unsere Unterstützung gegen die Hamas – eine Organisation, die Israel ausrotten will – braucht, um sich verteidigen zu können. Wir wollen die Geiseln befreien. Wir wollen das Beste für die Menschen in Gaza (sic!). Wir glauben nur nicht, dass ein Waffenstillstand die beste Methode ist.“⁶⁸

Auch die Bundesregierung windet sich. Der Völkermordvorwurf sei absurd, erklärte der Pressesprecher der Bundesregierung Steffen Hebestreit auf der Bundespressekonferenz am 29. Januar 2024. Die zentralen vom IGH geforderten Maßnahmen ignorierend behauptete Hebestreit, die Entscheidung des IGH würde die Positionen der Bundesregierung bestätigen. So hätte auch die Bundesregierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Menschen in Gaza mehr humanitäre Hilfe bräuchten und dass, „das Vorgehen der israelischen Armee passgenauer (sic!) vorgenommen werden müsse als es in Teilen vorgenommen wurde.“ Das Auswärtige Amt erklärte in der Person seines Pressesprechers Fischer, Israel habe ein völkerrechtlich verbrieftes Recht auf Selbstverteidigung, in dessen Rahmen es seine Operation fortsetzen kann. Die Bundesregierung erwarte, dass die Operationen so angepasst werden, dass Zivilisten besser geschützt werden. Auf die Frage, was die Bundesregierung dafür tun werde, Israel zu drängen, die geforderten Maßnahmen einzuhalten, entgegnet er ausweichend: „Wir stehen im Dialog mit Israel. Israel ist ja erst einmal dem IGH gegenüber verpflichtet. Es muss monatlich Bericht erstatten und wir gehen davon aus, dass Israel sich rechtstreu verhalten wird.“ Auf eine zweite Frage, ob vor dem Hintergrund der Entscheidung des IGH die angekündigten Waffenlieferungen an Israel nicht völkerrechtswidrig seien, wollten sich die Vertreter der Bundesregierung sich lieber nicht äußern.⁶⁹

Auch wenn zu erwarten ist, dass Israel versucht mit Unterstützung seiner westlichen Freunde, die vom IGH geforderten Direktmaßnahmen zu ignorieren, hat das IGH-Urteil politische Sprengkraft. Weitere Prozesse gegen Israel sind am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) anhängig. Dieses wird aller Erwartung nach Bewertungen des IGH in eigenen Urteilsfindungen einfließen lassen.⁷⁰ Das IGH-Urteil gibt auch all derjenigen Staaten, die sich seit Wochen in den Gremien der UN für einen Waffenstillstand einsetzen, ein zusätzliches legales und moralisches Instrument in die Hand. Die Blockadehaltung westlicher Länder – allen voran die USA, Deutschland und Großbritannien – vertieft den immer weiter werdenden Graben zwischen dem Westen und den Ländern und Gesellschaften des Globalen Südens, die dem Westen Doppelmoral vorwerfen.

Und auch innerhalb der USA, wo Präsident Biden schon jetzt wegen seiner Haltung im Gaza-Krieg viele Stammwähler:innen verloren hat, droht ihn die IGH-Entscheidung weiter zu

⁶⁸ Siehe die Pressekonferenz im Weißen Haus vom 26.1.2024: https://www.youtube.com/watch?v=V_e1Z1e5NjI

⁶⁹ Siehe die Bundespresskonferenz vom 29.1.2024: <https://www.youtube.com/watch?v=bTl2aSiP2XE>

⁷⁰ Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ist anders als der IGH ein von der UN unabhängiges internationales Gericht. Er wurde 2002 durch die 123 Unterzeichnerstaaten des *Römischen Statuts* eingerichtet. An ihm werden Verbrechen auf der Basis des Völkerstrafrechts (wie Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aber auch Völkermord) verhandelt. Israel ist dem Römischen Statut nicht beigetreten und ist deswegen am IStGH auch nicht klageberechtigt. Allerdings hat der IStGH die Palästinensische Nationalbehörde als Quasi-Staat gegen den Protest Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Australiens und Ugandas (die USA sind nicht Mitglied des IStGH) als „Staat Palästina“ anerkannt und als Mitglied aufgenommen. Anders als beim IGH können am IStGH auch Einzelpersonen oder Organisationen Klage einlegen, bzw. verklagt werden. Der IStGH hat auf Initiative der Palästinensischen Autonomiebehörde ein Verfahren gegen Israel wegen unterschiedlicher seit 2014 verübter Kriegsverbrechen in Gaza und der Westbank angestrengt. 2021 wurde das Hauptverfahren eröffnet. Seit dem 7. Oktober 2023 haben mehrere palästinensische und internationale Menschenrechtsorganisationen Klage gegen israelische Politiker wegen Verletzung des Völkerrechts und des Humanitären Völkerrechts nach dem 7. Oktober 2023 beim IStGH eingereicht. Der IStGH hat erklärt, die Vorfälle seit dem 7. Oktober in das laufende Verfahren einzubeziehen und sowohl Kriegsverbrechen der Hamas wie auch Israels zu untersuchen.

delegitimieren. In Kalifornien hat das *Committees for Constitutional Rights* im Namen von Palästinensern, die Familienangehörige im Gazakrieg verloren haben, Klage gegen die Biden-Regierung eingereicht, da diese es versäumt hat, ihrer gesetzlichen Verantwortung nachzukommen, "den sich gerade entfaltenden Völkermord am palästinensischen Volk zu verhindern". Damit hätte sie sich mitschuldig gemacht.⁷¹

⁷¹ Alex Woodward: Joe Biden is being taken to court for 'complicity' in Palestinian genocide. Unter: <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/biden-genocide-gaza-israel-court-hearing-b2484404.html>